Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Boden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 50 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 219 | Dresden, Montag den 19. September 1921 | 32. Jahrg.

Parteitag und Frauenkonferenz

Görlitz, 18. September.

Bald jährt sich der Tag zum drittenmal, an dem die Ungleichheit hinweggelegt und die Grundlagen zur Volksherrschaft gelegt wurden.

Das Wort vom „freien Wahlrecht" und vom „gleichen Recht für jedermann" ist Tatsache geworden. Die Frauen sind in der politischen Arena aktiv geworden; sie haben Vertreterinnen im Reichstag, in den Landesparlamenten und sie nahmen überaus regen Anteil an den Verwaltungen der Gemeinden. Die kurze Spanne Zeit einiger Jahre hat den vollen Beweis erbracht, daß die Frau eine brauchbare Mitbeteiligte bei der Erledigung der Arbeiten in allen Parlamenten ist und daß sie die ihr daraus ergebende Verantwortung ebenso zu tragen versteht wie der Mann.

Die großen Vorurteile gegen das „politische Weib" bestehen nur noch bei dem unmaßgeblichen Spießbürger; die Parteien haben sich mit dem neuen Zustand abfinden müssen, und bald wird sich kein Mensch mehr denken können, daß die politischen Mandate nur von den Vertretern des sogenannten starken Geschlechts auszuüben sind.

Diese politische Umwandlung macht sich auch in der Tagung der diesjährigen sozialdemokratischen Frauenkonferenz bemerkbar, die dem Parteitag vorausgeht.

Die reinen Bildungs- und Agitationsfragen, so ernsthaft auch sie jetzt behandelt werden und behandelt werden müssen, sie treten doch stark zurück vor den großen, neuen Aufgaben, für die die Frauen in Gemeinde, Staat und Reich heranzubilden sind. Besonders in der Gemeinde und in den sozialen Organisationen bietet sich unsern Frauen ein ungemein reiches Betätigungsfeld, und daher war es auch selbstverständlich, daß die diesjährige Frauentagung in der Hauptsache für diese Fragen eingestellt wurde.

Drei Referate wurden über das umfassende Thema „Die Frau in der Gemeinde" gehalten. Die politische Seite beleuchtete Genosse Stadtrat Wuski, Genossin Dr. Schöder behandelte in tiefgründiger Weise die Frage „Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde" und die Genossin Wachenheim hielt einen interessanten Vortrag über „Die Frau und die Vereinstätigkeit in der Gemeinde". Aus allen Reden klang heraus, wie notwendig die Arbeit der Frau ist, wenn die Wunden des Krieges schnell geheilt werden sollen. Schutz den ungeschützten Arbeitskräften, den Müttern, den Kindern und vor allem den Säuglingen, das waren die zwingenden Forderungen, die im Interesse einer gesunden Menschenökonomie aufgestellt wurden. Und es war erfreulich, daß die Mehrzahl der Rednerinnen kundgaben, daß sie nach diesen Grundsätzen wirken und mit verstärktem Eifer weiterwirken werden.

Die politische Organisation der Frauen ist zahlenmäßig um 1½ Tausend zurückgegangen. Das ist erklärlich angesichts der großen wirtschaftlichen Notlage, in der sich ganze Massen proletarischer Familien befinden und daß zahlreiche Frauen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Und doch muß dieser Verlust mehr als wettgemacht werden, denn auch die Frauen dürfen sich nicht begnügen mit dem Errungenen; auch sie müssen mitkämpfen in der politischen Organisation zur Erreichung der vollen politischen Demokratie. Die Frauen und Mädchen sollen bedenken, daß auch für sie das Wort gilt:

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß."

H. K.

•

Die Beratung der Frauen

Görlitz, 17. September 1921.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz trat am heutigen Sonnabend pünktlich um 9 Uhr zusammen.

Frau **Juchacz** eröffnete die Tagung und sprach ihre Genugtuung darüber aus, daß die starke Beschickung der Konferenz das fortdauernde rege Interesse der Parteiorganisationen an den Frauenfragen zeigt. — In der Tat ist der große Saal des Theaters von den Teilnehmern und Gästen der Frauenkonferenz ganz gefüllt.

Im Namen des Parteivorstandes wird die Konferenz begrüßt durch

Adolf Braun: Die Frauen müssen mit Herz und Hand dabei sein, wenn der Sozialismus vorwärtsdringen und seine letzten Ziele verwirklichen will. Wir kommen nicht voran, ohne die Mehrheit unseres Volkes, ohne den wichtigsten Teil der Gesellschaft, ohne die Mütter der kommenden Generation. Zum Schutz der jetzt schwer gefährdeten Republik müssen wir auch die Frauen aufrütteln. Es ist bedauerlich und betrüblich, daß die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Frauen in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Wir kennen die schweren Hemmnisse unserer Arbeit, aber wir müssen auch über den mangelhaften Eifer der Genossen in den Bezirks- und Lokalorganisationen für die Frauenbewegung klagen. Ich hoffe, daß diese Frauenkonferenz darin Wandel schafft. (Beifall.)

Frau **Klugel**, Görlitz, begrüßt die Frauentagung im Auftrage des Bezirksvorstandes und des Sozialdemokratischen Vereins Görlitz, im Namen der sozialdemokratischen Frauen und Männer Niederschlesiens. Der Bezirk habe 5700 weibliche Mitglieder, habe aber in der jüngsten Werbewoche über 1000 neue Frauenmitglieder gewonnen. (Beifall.) In den Bezirks- und Ortsvorständen, in den Jugend- und Bildungsausschüssen, in den Gemeinden und in der Wohlfahrtspflege sind die organisierten Frauen eifrig tätig und sie stehen geschlossen zur S. P. D. (Beifall.)

Nach dem Vortrag eines packenden Prologs geht die Frauenkonferenz zu ihrer Konstituierung über. Als Vorsitzende der Tagung werden, nachdem Frau Ottilie Baader gebeten hat, sie lieber ruhig den Jüngeren zuhören zu lassen, gewählt: Frau Marie **Juchacz**, Frau **Daucke**, Kattowitz, Frau **Schröder**, Altona; als Schriftführerinnen **Tesch**, Frankfurt a. M., **Schulte**, Köln, **Milda Müller**, Zwickau, und **Luise Kähler**, Berlin.

Hauptberatungsgegenstand der diesjährigen Frauenkonferenz ist die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. Das einleitende Referat hält

Stadtrat **Wuski**, Berlin: Die revolutionäre Umwälzung des November 1918, welche dem katastrophalen Zusammenbruch des hohenzollernschen Deutschlands und seines Weltkrieges folgte, hat uns wenigstens insofern ein Stück vorwärtsgebracht, als die Rechte und politischen Freiheiten des arbeitenden Volkes, insbesondere der Frauen, wesentlich vermehrt wurden. Auch die Bahn für ihre Arbeit in den Kommunen, freigemacht. Aber diese politische Freiheit und Gleichberechtigung bedeutet noch keineswegs, daß wir dicht vor der Erreichung der sozialistischen Ziele stehen. Die Verwirklichung des Sozialismus erfordert eine wesentlich größere Zeitperiode. Wir sind nicht Kindsköpfe genug, um anzunehmen, daß der Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft durch rasche revolutionäre Schläge erreicht werden kann. Verwaltung und Wirtschaft sind nur allmählicher Einwirkung und Umbildung unterworfen. Eine erste Voraussetzung dafür ist, daß wir alle Möglichkeiten unserer Einbringung in die Verwaltung restlos ausnutzen. Seit der Revolution werden die Genossen in der Regierung und den leitenden Verwaltungsstellen mit dem Vorwurf verfolgt, daß die Verwaltung noch immer reaktionär sei und die Arbeit unsrer leitenden Genossen sabotiere. Trotz allem guten Willen und allen erwiesenen Tatsachen lassen sich diese Beschwerden nicht im Handumdrehen abstellen. Es bedarf dazu einer langen und nachhaltigen Arbeit, welche vor allem die Partei selbst zu leisten hat. Das gilt auch für das Tätigkeitsfeld von besonderer Bedeutung, dem wir heute unsre Aufmerksamkeit zuwenden wollen, der kommunalen Verwaltung. Die Bedeutung unserer Tätigkeit in den Gemeinden wird noch immer nicht nach Gebühr eingeschätzt. Gemeindeverwaltung und Gemeindewirtschaft sind die Zellen des ganzen Verwaltungs- und öffentlichen Wirtschaftslebens. Hier werden die Angelegenheiten des täglichen Lebens bis hin zu den allerpersönlichsten Angelegenheiten geordnet, hier wird der tägliche Bedarf jedes einzelnen befriedigt. Nirgends können besonders die proletarischen und sozialistischen Frauen so nachhaltig und wirkungsvoll arbeiten, als gerade in der Bewältigung der Arbeiten in der Gemeindepolitik. Nun findet man auch heute noch, und nicht nur in bürgerlichen Kreisen die Auffassung, daß die Frau keine allzustarke Eignung für diese Tätigkeit besitze. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. In den Kriegsjahren haben sich die Frauen in der Gemeindearbeit in vollstem Maße bewährt, und es ist tief bedauerlich, daß sie sich nach Kriegsende wieder haben zurückdrängen lassen. Nach ihren Leistungen hätten sie das Recht gehabt, den Umfang ihrer Mitarbeit mit aller Energie festzuhalten. Jetzt bleibt ihnen nichts andres übrig, als

Position um Position zurückzuerobern.

Denn jeder vorurteilslose Kommunalpolitiker wird auf Grund der gemachten Erfahrungen feststellen müssen, daß die Mitwirkung der Frau in der Gemeinde schlechthin unentbehrlich ist.

Denken Sie an das

Siedlungs- und Wohnungswesen!

Gerade in der Gegenwart und nächsten Zukunft wird es eine überragend wichtige Rolle spielen. Aber selbst in der Reichshauptstadt hat in der dafür zuständigen Deputation keine Frau Sitz und Stimme. (Hört! Hört!) Ebenso notwendig wie in der Stadt ist die Mitwirkung der Frau in der Wohnungsfrage auf dem Lande; man denke an das Kapitel Landarbeiterwohnungen. Die Frau muß mitwirken bei der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen, in den Mieteinigungsämtern und bei der mit allem Nachdruck wieder aufzunehmenden Wohnungspflege. Auf der Konferenz der Mieteinigungsämter war es charakterisierweise der Vorsitzende, der gegen die Zuziehung der Frauen zu diesen Gerichten protestierte, und eine deutschnationale Beisitzerin, die ihm dafür derb den vorsintflutlichen Kopf zurechtrückte. (Heiterkeit.)

Ebenso unentbehrlich ist die Frau in der Gemeinde auf dem Gebiet des

Ernährungswesens.

Wir haben dort jetzt einen sehr heftigen Kampf zu führen, weil alle Bürgerlichen die Ernährung aus dem Aufgabenkreis der Gemeinde ausschalten möchten. Dabei ist die Versorgung der Bevölkerung noch lange nicht sichergestellt. Insbesondere ist die Milchversorgung noch immer nicht sichergestellt. Insbesondere ist die Milch bisher nur beim Produzenten freigegeben; die Versorgung aber können — und sollten — die Gemeinden in der Hand behalten. Der Deutsche Städtetag hat an das Reichskabinett eine sehr entschiedene Eingabe gerichtet, daß die Milchversorgung gesetzlich geregelt und den Gemeinden übertragen werde. In das gleiche Gebiet gehört das Marktwesen, die Vieh- und Schlachthöfe, die Preisprüfungsstellen. Es schließt sich an das Gebiet der Gesundheits-, der Jugend- und der Wohlfahrtspflege. Auch hier, auch in der Säuglingspflege und Fürsorge glaube ich, daß die bessere Sachkenntnis schwerlich bei den Männern zu finden sein wird. (Heiterkeit.) Als Aufgaben der Frau in der Gemeinde weise ich ferner hin auf das

Bildungs- und Schulwesen,

auf das Riesengebiet der Arbeit und des Gewerbes, Arbeitsnachweis, Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenfürsorge. Ich für die Frau nicht minder wichtig als für den Mann. Die Frau ist nicht weniger daran interessiert, daß die schulentlassenen Kinder durch die Berufsämter geeigneten Berufen zugeführt werden. Auch in die Kaufmanns- und Gewerbegerichte muß die Frau als Beisitzerin endlich einziehen. Ebenso ist die Führerin des Haushalts an der Preisbildung für Gas, Elektrizität und Wasser wesentlich beteiligt.

In allen diesen Richtungen ist es dringend erwünscht und notwendig, daß die Frau in der Gemeindewirtschaft den ihr gebührenden großen Einfluß erhält. Es ist einfach unfaßbar, daß man in der Gemeinde so lange ohne die Frau hat auskommen können. Als alter Praktiker habe ich die Erfahrung gemacht, daß gerade die Mitarbeit der Frau die Aufgaben der Gemeinde gar nicht zu bewältigen sind. Kommunale Wirtschaftspolitik ist nicht bloß Verstandessache, sondern auch Sache des Gemüts und des Gefühls für die täglichen Lebensnotwendigkeiten. Die Frauen haben sich in die Kommunalarbeit außerordentlich schnell eingelebt, als sie ihnen während des Krieges plötzlich zugemutet wurde. Ihre Tätigkeit ist sachlich einwandfrei und durchaus tüchtig gewesen. Sie gehören nicht nur in die Kommissionen und Deputationen, sondern auch in die Gemeindevertretungen, in denen Grundsätze und Richtlinien der kommenden Wirtschaft bestimmt werden, und in die Gemeindevorstände, wo sich diese Grundsätze praktisch auswirken. Auch an leitender Stelle haben sich die Frauen durchaus tüchtig erwiesen. Wir haben in Berlin hervorragende weibliche Dezernenten gefunden, und die Frauen im Berliner Magistrat haben sich als den Männern durchaus gleichwertig erwiesen. Leider sind die Frauen selbst zu zurückhaltend und zaghaft, um sich mit aller Energie die Plätze zu erkämpfen, die sie ausfüllen können und auf die sie in erster Reihe berufen sind. Selbst in der Leitung unserer eigenen Organisationen wird der männliche Vorrang noch zu stark betont. Dabei wäre es gerade Aufgabe der Sozialdemokratie, die Gleichberechtigung der Frau auch praktisch vorbildlich durchzuführen und ohne Rücksicht auf das Geschlecht den tüchtigen Menschen an seinen Platz zu stellen. Von dieser absoluten Gleichberechtigung im allgemeinen öffentlichen Leben und in der Kommunalwirtschaft sind wir heute noch sehr weit entfernt. Ihre Aufgabe als sozialistische Frauen ist es, den Kampf dafür mit aller Energie aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent legt folgende Thesen vor:

1. In der revolutionären Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheiten der Männer und Frauen erkämpft, die für die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Demokratie unerläßliche Voraussetzung sind. Da zur Erlangung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Staat und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung und Vielseitigkeit der Aufgaben der kommunalen Wirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflußt, ist es insbesondere von ernstem Werte, daß die proletarische Frau in der Gemeindeverwaltung den Platz einnimmt, der ihr als Schaffende sowohl wie auch als Hausfrau zukommt und für den sie vermöge ihrer Sachkenntnis in den Lebensbedürfnissen der Arbeiterfamilien unbedingt berufen ist.

3. Der entscheidende Einfluß der Frau ist in der Gemeindewirtschaft also schlechthin unentbehrlich; ihre Mitarbeit sowohl im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung, als auch in allen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefordert werden.

Die zweite Berichterstatterin Frau Dr. Schöder sprach über „Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde": Soziale Arbeit ist Hilfe und Schutz für das Menschenleben. Die Frau ist die geborene Hüterin und Schützerin des Menschen. Eignet der männlichen Art mehr der Kampf, so hat die Frau mehr Verständnis dafür, Menschenleben zu behüten und zu bewahren. Hat der Mann mehr Verständnis für Güterwirtschaft und Güterproduktion, so eignet sich die Frau mehr für die Vertiefung in Menschenschicksale. Aufgabe der Frau ist also die Menschenökonomie. Menschenökonomie heißt Schutz den ungeschützten Arbeitskräften, Schutz den entschlossenen Müttern, Schutz dem heranwachsenden Kinde und Schutz gegen die Vergeudung von Menschenleben überhaupt. Der Mutergedanke, daß mit dem einzelnen Menschlichen sparsam und weise umgegangen wird, muß aus jeder Frau herausklingen, namentlich wenn sie im öffentlichen Leben eine führende Rolle einnehmen will. Die Frau muß überall den Grundsatz bekämpfen, daß die Rentabilität der Buchhalter das oberste Ziel der Wirtschaft sein soll. Oberstes Ziel ist das wirtschaftlich sparsame Umgehen mit dem besten Kapital, das wir haben: mit dem Menschenleben.

Die soziale Kleinarbeit der Frau in der Gemeinde muß ständig nach diesen großen Grundgedanken orientiert und kontrolliert werden. Auch in der allgemeinen Politik muß der menschenökonomische Gedanke sich durchsetzen. In der Gemeinde betätigt er sich durch die Mitarbeit in den Armen-, Waisen- und Hinterbliebenenfürsorgeausschüssen, in der Tuberkulose- und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Naturgemäß wird die Frau zuerst alle Frauenangelegenheiten in ihren Bereich ziehen. Die Frauenfrage ist im Zusammenhang mit der bevölkerungspolitischen Frage die wichtigste soziale Frage, an deren Beantwortung die Zukunft des ganzen Menschengeschlechts hängt. (Sehr richtig!) Die Frauen müssen nicht nur den

gleichen Lohn für gleiche Leistung,

sondern auch gleiche Erwerbsfreiheit fordern. Die Frauenerwerbsarbeit ist nicht möglichst einzuschränken, sondern möglichst zu erleichtern. Das Geschlecht an sich darf kein Grund zur Entlassung sein. Die Menschheit hat nur allzu lange unter der Verneinung von Liebe, Versorgung und Ehe gelitten. Im Interesse der inneren Freiheit der Frau und im Interesse ihrer Nachkommenschaft muß die Frau sich ihren Erwerbsarbeitsplatz selbst verdienen. Die Gesellschaft hat die Versorgung der Frau während der Zeit ihrer Erwerbsverhinderung durch die Mutterschaft zu übernehmen.

Zu den wichtigsten Frauenaufgaben in der Gemeinde gehört der Mutterschutz. Schwangerenfürsorgestellen müssen hygienische und juristische Beratung erteilen. Von den Frauen muß in der Gemeinde auch die Errichtung von Wöchnerinnen-, Kinder- und Mütterheimen und von Entbindungsanstalten angeregt werden. Für den Kindesmordprozeß kann jede Frau in der Gemeinde wirksame Vorarbeit leisten, indem sie darauf dringt, daß schematische Unterbindungen über die gesundheitsschädlichen Wirkungen gewisser Frauenbeschäftigungen angestellt werden. Auch müssen die Arbeitsämter Erhebungen über die gesundheitliche Wirkung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitseinteilung und der Arbeitszeit sammeln.

In den Kreis der sozialen Frauenaufgaben in der Gemeinde gehört naturgemäß auch

die ganze Fürsorge für die Jugend

vom Säugling bis zu den gefährdeten Halbwüchsigen. In den großen Städten arbeiten viele Organisationen nebeneinander, durcheinander, oft sogar gegeneinander. Die gesamte Kinderfürsorge muß planmäßig an einer Stelle zusammengefaßt werden, wenn etwas Durchgreifendes geleistet werden soll. Jede Hilfe Gemeinnützigkeit der Fürsorgepersonen ohne materielle Hilfe ruft nur Ablehnung und Bitterkeit hervor. (Sehr richtig!) Dem schlimmsten Wirrwarr soll das kommende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz abhelfen. Freilich wird es nicht viel mehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210919/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG